



# Umwelt und Herrschaft in der DDR

Politik, Protest und die Grenzen der Partizipation  
in der Diktatur



Christian Möller: Umwelt und Herrschaft in der DDR

# Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft

Herausgegeben von

Gunilla Budde, Dieter Gosewinkel, Paul Nolte,  
Alexander Nützenadel, Hans-Peter Ullmann

Frühere Herausgeber

Helmut Berding, Hans-Ulrich Wehler (1972–2011)  
und Jürgen Kocka (1972–2013)

Band 234

Christian Möller: Umwelt und Herrschaft in der DDR

Christian Möller

# Umwelt und Herrschaft in der DDR

Politik, Protest und die Grenzen der Partizipation  
in der Diktatur

Vandenhoeck & Ruprecht

Dieses Buch ist die überarbeitete Fassung einer Dissertation, die 2018 von der Fakultät für Geschichtswissenschaft, Philosophie und Theologie an der Universität Bielefeld angenommen wurde.

Der Druck des Buches wurde durch freundliche Unterstützung der Johannes Rau Gesellschaft e. V. ermöglicht.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind  
im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2020, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Theaterstraße 13, D-37073 Göttingen  
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen  
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Ausschnitt aus einem Plakat anlässlich der »Woche der sozialistischen  
Landeskultur« 1972. (Studienarchiv Umweltgeschichte, Plakatsammlung,  
StUG 035, Woche der sozialistischen Landeskultur 1972 vom 14. bis 20. Mai.)

Satz: textformart, Göttingen | [www.text-form-art.de](http://www.text-form-art.de)

**Vandenhoeck & Ruprecht Verlage** | [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)

ISSN 2197-0130  
ISBN 978-3-647-31096-1

# Inhalt

Einleitung . . . . .	9
1. Auf der Suche nach Teilhabe und Konsens: Akteure und Motive früher Reformdebatten über Umwelt . . . . .	35
1.1 Das »Wirtschaftsterritorium« der DDR und die ökologischen Ausgangsbedingungen . . . . .	35
1.2 Die SED und industrielle Emissionen . . . . .	45
1.3 Umwelt- als Ressourcenschutz: Das Amt für Wasserwirtschaft und die Gewässerreinigung . . . . .	57
1.3.1 Zwischen Versorgungsauftrag und aufrechter Sorge um die Natur: Die befangene Haltung der Wasserwirtschaft in der Abwasserfrage . . . . .	61
1.3.2 Das mühsame Ringen um Rechtsnormen: Die Abwasserverordnung und das vorläufige Scheitern der wasserwirtschaftlichen Reforminitiative . . . . .	63
1.4 Umwelt- als Gesundheitsschutz: Die Hygiene und der Kampf um die Luftreinigung . . . . .	69
1.4.1 Die Standortplanung und der Aufstieg der Lufthygiene . . . . .	73
1.4.2 Messen und Eingrenzen: Der Aufbau der Fachabteilungen für Lufthygiene . . . . .	79
1.4.3 Alltag zwischen Improvisation und Aufbruch: Hygieneinspektionen und industrielle Emissionen . . . . .	82
1.5 Gestalter, Netzwerker und Querdenker: Der Naturschutz zwischen Dissens, Anpassung und Teilhabe . . . . .	91
1.5.1 Typen und Handlungsrepertoire . . . . .	95
1.5.2 Anpassung als Schlüssel zur Teilhabe: Das naturpolitische Konzept der »planmäßigen Gestaltung einer sozialistischen Landeskultur« . . . . .	101
2. Der ökologische Aufbruch und die Formierung der sozialistischen Umweltpolitik . . . . .	117
2.1 Neue politische Vorzeichen: Mauerbau, ökonomische Reformen und Anstöße aus dem RGW . . . . .	117
2.2 Expertennetzwerke und Interessenskoalitionen: Neue Reformimpulse aus dem Forschungsrat . . . . .	123

2.2.1	Die Kommission »Reinhaltung der Luft« und die Bemühungen um ein Luftreinhaltengesetz . . . . .	126
2.2.2	Abprodukte und Stoffkreisläufe: Synergieeffekte zwischen Materialökonomie und Umweltschutz . . . . .	137
2.3	Protest und umweltpolitischer Aufbruch in der späten Ulbricht-Ära . . . . .	147
2.3.1	Betroffenheit und Gemeinwohl: Luftverschmutzung in Eingaben der sechziger Jahre . . . . .	147
2.3.2	Die Dynamik des Aufbruchs: Eingabenproteste und die Synthese der Reforminitiativen . . . . .	153
2.4	Die politische Ökologie der DDR: Stoffkreisläufe, »ökonomische Hebel« und der »Konsenszwang« der sozialistischen Diktatur . .	158
2.4.1	Ressourcengrenzen und Wachstumsbejahung: Konzeption und Handlungsrepertoire der Umweltpolitik . .	159
2.4.2	Umweltpolitik als Laborversuch: Ein »ökonomisches Experiment« im Bezirk Halle . . . . .	167
2.4.3	Aushandlung über Umwelt: Die Diskussion des Landeskulturgesetzes . . . . .	176
2.5	Politische Akteure und die Institutionenordnung des staatlichen Umweltschutzes . . . . .	188
2.5.1	Linientreu und machtbewusst: Die politischen Biographien der Umweltminister Werner Titel und Hans Reichelt . . . .	188
2.5.2	Neue Institutionen und alte Schaltzentralen: Die Organisation der Umweltpolitik . . . . .	193
2.6	Gemeinwohl und politische Inszenierung: Umweltschutz in der »sozialistischen Menschengemeinschaft« . . . . .	208
3.	Das Scheitern der ökologischen Modernisierung und das Ende des umweltpolitischen Konsenses . . . . .	221
3.1	Brüchiger Konsens: Die ökonomische Krise und die restriktive Wende in der Umweltpolitik . . . . .	221
3.2	In den Grenzen des Machbaren: Der staatliche Umweltschutz zwischen gestalterischem Pragmatismus und politischem Versagen . . . . .	237
3.2.1	Die Luftreinhaltung als neues Bewährungsfeld für die Umweltpolitik . . . . .	239
3.2.2	Die staatliche Umweltbürokratie zwischen Resignation und Auflehnung . . . . .	250
3.3	Umweltbewegung in der Diktatur: Bürgerengagement zwischen Anpassung, Reform und Revolution . . . . .	255
3.3.1	Mehr als nur Bittschriften: Umweltbewegung und gesellschaftlicher Wandel in Eingaben . . . . .	257

3.3.2 Umweltbewegung unter dem Dach des Kulturbundes: Jugendgruppen und die IG Stadtökologie in der Gesellschaft für Natur und Umwelt . . . . .	282
3.3.3 Umweltbewegung unter dem Dach der Kirche: Alternativer Umweltprotest und die gescheiterte Suche nach neuen Formen der politischen Teilhabe . . . . .	303
3.4 Beharrlichkeit und Wandel: Der Protest gegen ein geplantes Reinstiliziumwerk in DresdenGittersee und die Transformation etablierter Kommunikationsmuster . . . . .	320
Zusammenfassung . . . . .	337
Dank . . . . .	347
Abkürzungen . . . . .	349
Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen . . . . .	353
Quellen und Literaturverzeichnis . . . . .	355
Quellen . . . . .	355
Literatur . . . . .	365
Internetquellen, Filmmaterial und Hörfunk . . . . .	387
Register . . . . .	389
Sachregister . . . . .	389
Personenregister . . . . .	394





## Einleitung

### Untersuchungsgegenstand

Im September 1988 wurden in der ARD-Sendung »Kontraste« einige Ausschnitte des Dokumentarfilms »Bitteres aus Bitterfeld« gezeigt. Umweltaktivisten der DDR legten darin ökologische Folgen der chemischen Produktion im mitteldeutschen Industrierevier offen und erhoben schwere Vorwürfe gegenüber der ostdeutschen Staats- und Parteiführung, die Umweltprobleme anscheinend ignorierte und den Umweltschutz grob vernachlässigte. Das Filmmaterial musste von den Machern, Mitgliedern des »Grün-ökologischen Netzwerkes Arche« und lokalen Umweltaktivisten, konspirativ zusammengetragen und unter schwierigen Bedingungen aus der DDR geschmuggelt werden. Die Angst vor einer Inhaftierung durch die Staatssicherheit (Stasi) war ein steter Begleiter der Dreharbeiten. Die Dokumentation war ein Höhepunkt der kritischen Berichterstattung westdeutscher Medien über die ostdeutsche Umweltsituation sowie die harten Bedingungen, mit denen Umweltaktivisten in der DDR zu kämpfen hatten.<sup>1</sup> Die Bilder des Silbersees bei Wolfen, in den das gleichnamige Fotochemische Kombinat seine Produktionsabwässer leitete, eine Müllkippe, auf der sich lecke Chemiefässer stapelten oder das triste Panorama einer Neubausiedlung, die am Rande eines ausgekohlten Braunkohletagebaus im Plattenbaustil emporragte, vermitteln auch heute noch eine erdrückende und düstere Stimmung.<sup>2</sup> Der Ort ging nicht zuletzt aufgrund dieser Bilder in den achtziger Jahren als schmutzigste Stadt Europas in die Geschichte ein.<sup>3</sup>

1 Den Auftakt der kritischen Berichterstattung machte ein Spiegel-Artikel aus dem Jahr 1980. Im Laufe der achtziger Jahre gelangten mit Hilfe westdeutscher Unterstützer weitere Berichte über ökologische Verfehlungen und staatliche Repressionen gegen kritisches Umweltengagement in der DDR an die Öffentlichkeit. Vgl. dazu: Schuld ist der Kapitalismus, S. 73–80; *Wensierski u. Büscher*, Beton; *Wensierski*, Von oben. Darüber hinaus wurden ostdeutsche Samisdat-Schriften in der Bundesrepublik veröffentlicht oder zum Gegenstand der Presseberichterstattung, wie beispielsweise die von Michael Beleites verfasste Studie »Pechblende«, die die Umweltauswirkungen des Uranbergbaus der Wismut SDAG kritisch thematisierte. Vgl. *Beleites*, Untergrund, S. 97.

2 *Hällfritsch u. a.*, Bitterfeld.

3 Die ostdeutsche Journalistin und Autorin Monika Maron urteilte bereits in ihrem 1981 erschienenen Debütroman »Flugasche« so über die Stadt. Ein von der Volkswagen Stiftung und dem Rachel Carson Center for Environment and Society in München gefördertes Onlineprojekt erhob Bitterfeld jüngst in den Rang eines ökologischen Erinnerungsortes, der stellvertretend für verschmutzte Natur im Zeitalter der Moderne steht. Unter der ortsansässigen Bevölkerung dürfte der Dokumentarfilm aus dem Jahr 1988 allerdings kaum Bestürzung

Die Veröffentlichung der Filmausschnitte im westdeutschen Fernsehen war ein Schlüsselmoment der ostdeutschen Umweltgeschichte. Zwar machte man sich im Westen zum Zeitpunkt der Ausstrahlung bereits keine Illusionen mehr darüber, dass es in der DDR massive Umweltprobleme gab, aber die Ausmaße und die Gleichgültigkeit, mit denen man diesen Problemen allem Anschein nach begegnete, waren doch überraschend. Denn knapp zwanzig Jahre zuvor hatte die Situation noch ganz anders ausgesehen: In der DDR setzte Ende der sechziger Jahre ein umweltpolitischer Aufbruch ein, der auf einer langwierigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung mit Umweltproblemen beruhte und einen umfangreichen Gesetzgebungs- und Institutionalisierungsprozess einleitete. Die markantesten Wegmarken dieses Prozesses waren die Aufnahme des Natur- und Umweltschutzgedankens in Artikel 15 der Verfassung von 1968, die Verabschiedung des Landeskulturgesetzes zwei Jahre darauf und die Gründung eines Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft (MUW) im Jahr 1972. Auf »Wochen der sozialistischen Landeskultur« brachten Behörden, Staatsmedien und gesellschaftliche Organisationen vorhandene Umweltprobleme verhältnismäßig kritisch zur Sprache und diskutierten mit Politfunktionären und Betriebsleitungen öffentlich eingeschlagene Lösungswege, erzielte Erfolge und vorhandene Missstände. In »Mach mit!«-Wettbewerben der Nationalen Front sowie in Natur- und Umweltschutzgruppen des Kulturbundes engagierten sich bis zum Niedergang der DDR zehntausende Bürgerinnen und Bürger und pflanzten Bäume, beseitigten wilde Müllkippen, hielten Natur- und Landschaftsschutzgebiete in Stand oder kontrollierten die Einhaltung betrieblicher Umweltstandards.<sup>4</sup> Umweltschutz, so schien es, war zu einem politischen Konsensthema geworden und in der Mitte der ostdeutschen Gesellschaft angekommen. In Westdeutschland, wo man diese Entwicklungen genau beobachtete, vertraten namhafte Politiker und Intellektuelle die Ansicht, dass die sozialistische Planwirtschaft besser gerüstet sei, um die moderne Umweltkrise zu bewältigen.<sup>5</sup>

Die Diskrepanz zwischen dem um 1970 einsetzenden umweltpolitischen Aufbruch und der ökologischen Krise, in die die DDR in den achtziger Jahren

ausgelöst haben, da die vorhandenen Umweltprobleme im Chemiedreieck Halle-Leipzig-Bitterfeld augenfällig und lange bekannt waren. Vgl. *Maron*, S. 32; *Zelinger*. Zur Wahrnehmung und Einschätzung durch die Staatssicherheit vgl. beispielsweise Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Halle, AKG, Bericht über Umweltbelastungen im Kreis Bitterfeld und weitere Reaktionen der Bevölkerung zur Sendung »Kontraste« der ARD vom 27.9.1988, Halle, 20. Oktober 1988: BStU, MfS, ZAIG, 20654, pag. 5–9, hier 7 f.

4 Vgl. dazu insbes. Kap. 2.6 u. 3.3.2.

5 So zeigten sich beispielsweise Herbert Gruhl und Hans Magnus Enzensberger davon überzeugt, dass die Ostblockstaaten aufgrund der besseren Steuerbarkeit »planwirtschaftlich-zentralistischer Systeme«, der ihnen innewohnenden autarkistischen Grundzüge und eines geringeren Konsumtionsniveaus besser dafür gerüstet gewesen wären, um die globale Ressourcen- und Wachstumskrise zu meistern. Vgl. *Gruhl*, S. 305, 309 ff. u. 327 ff.; *Brüggemeier, Schranken*, S. 268 f. Zu den von Beginn an skeptischen Stimmen vgl. auch *Höhn u. a.*, S. 129 ff.

geraten war, ist ein zentraler Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit. Der Dokumentarfilm »Bitteres aus Bitterfeld« verweist neben der umwelthistorischen allerdings auch noch auf eine weitere Diskrepanz: Während die Filmemacher harte Strafen riskierten und keine Mühen scheuten, die Öffentlichkeit in West und Ost – viele DDR-Bürger schauten regelmäßig »Westfernsehen« – auf die Missstände im mitteldeutschen Chemiedreieck aufmerksam zu machen, erscheint die Haltung der ortsansässigen Bevölkerung demgegenüber merkwürdig passiv. Wieso regte sich angesichts dieser drastischen Bilder in Bitterfeld und anderswo kein Widerstand? Standen die Menschen in der Region den Problemen desinteressiert gegenüber? Akzeptierten sie die Umweltfolgen der chemischen Produktion als ein notwendiges Übel, das es für die Errungenschaften des Sozialismus in Kauf zu nehmen galt? Nahmen sie die Missstände etwa nur deshalb stoisch hin, weil sie infolge einer jahrelangen ideologischen Indoktrination sowie aus Angst vor Repressionen innerlich gebrochen waren? Oder entgehen einer Umweltgeschichte, die einseitig von Westen her blickt, möglicherweise wichtige Ereignisse, Entwicklungen und Prozesse?

Ein weiteres wichtiges Anliegen dieser Untersuchung ist es daher, nicht an einer Aufarbeitung des offenkundigen Missverhältnisses zwischen Aufbruch und Krise halt zu machen, sondern auch die sozialen und ökonomischen Dimensionen der Umweltproblematik in den Blick zu nehmen. Diskrepanzen finden sich in der Rückschau auf vielen Ebenen der DDR und bestimmen bis heute Debatten und Kontroversen über die ostdeutsche Nachkriegsgeschichte. Widersprüchlichkeit scheint ein derart zentrales Charakteristikum der SED-Herrschaft gewesen zu sein, dass sie von einigen Autoren sogar zu einem konstitutiven Gesellschaftselement erhoben wurde.<sup>6</sup> Im Kern ging es bei der historischen Aufarbeitung der DDR bislang meist um die Frage, wie weitreichend die ostdeutsche Diktatur war. Totalitarismustheoretische Ansätze, die nach der Wiedervereinigung eine konjunkturelle Wiederbelebung erfuhren, behaupteten, dass der umfassende Machtanspruch der SED und die Monopolisierung aller »politischen, ökonomischen und sonstigen gesellschaftlichen Ressourcen« in einen Prozess des »Absterbens der Gesellschaft« gemündet hätten.<sup>7</sup> Zahlreiche Kritiker hielten dieser Perspektive hingegen die vielfältigen »Grenzen der Diktatur«<sup>8</sup> entgegen, forderten dazu auf, »Herrschaft als soziale Praxis«<sup>9</sup> zu begreifen und die DDR ebenso als eine moderne Industriegesellschaft zu verstehen, die Prozessen und Zwängen unterlag, die zeitgleich auch in westlichen Industriegesellschaften zu beobachten gewesen waren.<sup>10</sup> Andere Studien nahmen

6 So in einem einflussreichen Aufsatz von *Pollack*, *Widersprüchlichkeit*, S. 110–131, hier 114.

7 *Meuschel*, *Überlegungen*, 5–14, hier 5; *Dies.*, *Legitimation*, S. 10.

8 Vgl. dazu exempl. den Sammelband: *Bessel u. Jessen*.

9 Dazu: *Lindenberger*, *Alltagsgeschichte*, S. 298–325, hier 312–321. Zu daraus resultierenden Forschungsansätzen und -ergebnissen vgl. exempl. den Sammelband: *Lindenberger*, *Herrschaft*.

10 *Fulbrook*, *Leben*, S. 27.

die Langlebigkeit des ostdeutschen Staates in den Blick, die angesichts der vorherrschenden wirtschaftlichen und politischen Missstände erklärungsbedürftig erschien, und kamen zu dem Ergebnis, dass nicht Repressionen allein, sondern die vielfältigen horizontalen und vertikalen gesellschaftlichen Beziehungen die »rätselhafte Stabilität« erzeugten. Demnach zählten nicht (nur) sowjetische Panzer und das Schild und Schwert der Partei, das Ministerium für Staatssicherheit, zu den tragenden Säulen der SED-Herrschaft, sondern ein erzwungener, aber durchaus auf ernsthaften Verhandlungen und Kompromissen beruhender Konsensgedanke, der es möglich machte, langanhaltende und immer wiederkehrende Konflikte weitestgehend friedlich zu regulieren.<sup>11</sup>

Diese übergeordneten Forschungsfragen und Streitthemen, die hier nur kurz umrissenen werden können, berühren zwangsläufig auch eine Umweltgeschichte der DDR, die als Teil einer erweiterten Gesellschaftsgeschichte verstanden werden muss. Im Folgenden gilt es daher auch die unter den Bedingungen der sozialistischen Herrschaftsordnung vorhandenen Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Teilhabe in der sozialistischen Diktatur auszuloten. Daraus ergeben sich einige Folgefragen, die in dieser Arbeit ebenfalls beantwortet werden sollen: Welche Akteure waren an der Aushandlung von Umweltfragen beteiligt? Wie gelang es ihnen, konsensfähige Lösungskonzepte zu entwickeln und diese auch politisch zu implementieren? Welche Motive lagen den vorausgehenden Debatten und den daraus hervorgehenden Reformansätzen zugrunde? Welche äußeren Faktoren beeinflussten diese Aushandlungsprozesse? Wo zeigen sich Kontinuitäten im Umgang mit Umweltproblemen, wo Einschnitte und wo wiederum Parallelen zu Entwicklungen, die zeitgleich in anderen Industriegesellschaften einsetzten? Mary Fulbrook hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es »eine falsche Dichotomie« ist »zu behaupten, dass Staaten entweder auf Zwang oder auf Zustimmung beruhen, und dass man den Zwang bestreitet, wenn man auf die Zustimmung hinweist.«<sup>12</sup> In dieser Arbeit gehe ich daher davon aus, dass gesellschaftliche Gruppen in der DDR bis zu einem gewissen Grad über Möglichkeiten verfügten, nicht nur auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss zu nehmen, sondern diese auch »von unten« anzustoßen. Es geht im Folgenden aber weder darum, die Schattenseiten der sozialistischen Diktatur zu negieren noch das Bild einer »sozialistischen Demokratie«, wie es die SED-Ideologen gezeichnet haben, naiv zu reproduzieren. Daher werden ebenso die Grenzen dieser Aushandlung und der ihr zugrundeliegenden Kommunikation in den Blick genommen, um die Rückwirkung des Umwelthandelns auf das soziale Zusammenleben und die Herrschaftsordnung in der DDR sichtbar zu machen.

11 *Port*, S. 26 f. u. 355 ff.

12 *Fulbrook*, *Leben*, S. 310.

## Forschungsstand

Zur Umweltgeschichte der DDR liegen einige Studien vor, die sich aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln mit der Thematik befassen. Arbeiten, die vor 1990 erschienen sind, beschäftigten sich überwiegend mit Fragen des Systemvergleichs und versuchten zu eruieren, welches politische »System« besser dazu in der Lage war, mit den Herausforderungen der modernen Umweltkrise umzugehen. Ein weiterer Forschungsschwerpunkt richtete sich auf die oppositionelle – d. h. »systemkritische« – Umweltbewegung, die man in den achtziger Jahren unter dem Dach der evangelischen Kirchen der DDR ausmachte. Die Gruppen wurden von Hubertus Knabe in den Kontext eines systemübergreifenden, postmateriellen Wertewandels gerückt. Knabe stellte die These auf, dass die kirchliche Umweltbewegung in der DDR aufgrund ideeller und habitueller Überschneidungen mit westlichen Bewegungsformen als Teil eines neuen Typus sozialer Bewegungen zu verstehen sei.<sup>13</sup> Die vor 1990 erschienenen Arbeiten müssen heute allerdings schon deshalb als überholt gelten, weil ihnen der Zugang zu den ostdeutschen Archiven verwehrt war. Dennoch weisen einzelne Untersuchungen eine erstaunliche Detailkenntnis auf und kommen alleine auf der Grundlage von Literaturstudien zu beeindruckend robusten Ergebnissen. Eine 1985 von Gerhard Würth vorgelegte Monographie enthält beispielsweise eine umfangreiche Bibliographie zeitgenössischer Beiträge, die als Nachlagewerk für »graue Literatur« auch heute noch einen außerordentlich großen Wert für das bessere Verständnis ostdeutscher Umweltdebatten besitzt.<sup>14</sup>

Nach 1990 dominierten zunächst Studien, die das Ausmaß der ökologischen Katastrophe in den Blick nahmen und nach Gründen für das Scheitern der ostdeutschen Umweltpolitik suchten.<sup>15</sup> Ein weiterer Forschungsschwerpunkt lag außerdem nach wie vor auf den Umweltgruppen unter dem Dach der evangelischen Kirchen. In den Fokus der Untersuchungen rückte nun insbesondere die Aufarbeitung der staatlichen Repressionen gegen kritische Umweltaktivisten, oftmals auch im Rahmen großangelegter Analysen der ostdeutschen Op-

13 Einen Überblick zum älteren Forschungsstand bietet *Würth*, S. 6–11. Vgl. außerdem *Knabe*, Umweltkonflikte, S. 24 ff. Zur Übertragung des Konzeptes der Neuen Sozialen Bewegungen auf ostdeutsche Umweltgruppen vgl. *Ders.*, *Neue*, S. 551–569.

14 Der von Würth gewählte Ansatz betrachtet das Spannungsverhältnis von »Umweltschutz und Umwelterstörung« außerdem über einen knapp 40jährigen Untersuchungszeitraum und nimmt eine Vielzahl verschiedener Akteure in den Blick, die nach der Wiedervereinigung aus Gründen der Priorität einer politischen Aufarbeitung der repressiven Seiten der SED-Diktatur in den Hintergrund rückten. Vgl. *Würth*. Ein informativer und sachlicher Überblick ebenfalls in: DDR-Handbuch.

15 Vgl. exempl. *Petschow u. a.*; *Wieczorek*; *Przybylski*, S. 198–205; *Buck*, Umwelt- und Bodenbelastungen, S. 425–449; *Ders.*, Umweltbelastungen, S. 455–497; *Komar*; *Paucke*, *Erbe*; *Wolle*, *Diktatur*, S. 210 ff.; *Schroeder*, S. 662–673. Im Kontext einer Analyse des ehemaligen Ostblocks auch: *Manser*.

positionsbewegungen, die nun auf die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit und neu entstandene Privatarchive zurückgreifen konnten.<sup>16</sup> Neben politikwissenschaftlichen Studien dominieren auf diesem Feld bis heute Arbeiten, die von ehemaligen Mitgliedern der Gruppen verfasst wurden.<sup>17</sup> Einige frühere Dissidenten nahmen nach 1990 sogar eine rege Publikationstätigkeit auf und prägen seitdem das Bild der ostdeutschen Oppositions- und Umweltbewegungsgeschichte nachhaltig. Je nach Lesart dominieren Ansätze, die ein gesellschaftliches Umweltengagement entweder ausschließlich im Umfeld der evangelischen Kirchen oder innerhalb eines alternativen Milieus verorten, das sich jedoch unter das Schutzdach der Kirchen begeben habe.<sup>18</sup> Ausnahmen im Kanon der Forschungsliteratur stellen Studien zur Geschichte des ostdeutschen Naturschutzes dar, die sich um ein Gegengewicht zu einer einseitig kirchlich geprägten Umweltbewegungsgeschichte bemühen.<sup>19</sup> Andere Arbeiten befassen sich wiederum mit Teilaspekten der ostdeutschen Umweltgeschichte und untersuchen die Umweltfolgen des Braunkohlebergbaus in der Lausitz<sup>20</sup>, die ökologischen Auswirkungen einer voranschreitenden Industrialisierung der Landwirtschaft, die sich nach 1945 in beiden deutschen Staaten einstellte,<sup>21</sup> oder das Problem der grenzüberschreitenden Gewässerverschmutzung.<sup>22</sup> Ein ideengeschichtlicher Vergleich der »marxistischen Sozialismuskritik« in den Werken von Rudolf Bahro, Wolfgang Harich und Robert Havemann eröffnet auch anregende Perspektiven auf alternativ-ökologische Ideenwelten und Konzepte, die jenseits der offiziellen Parteilinie in der DDR existierten.<sup>23</sup> Eine jüngst erschienene Studie untersucht außerdem erstmals den Umgang des Ministeriums für

16 Eine Literaturstudie bei *Halbrock*, Umweltgruppen, S. 24–32. Vgl. außerdem exempl.: *Jones*, Greens; *Ders.*, Origins, S. 235–264; *Knabe*, Umweltkonflikte; *Ders.*, Umweltbewegung, S. 355 ff.; *Kuhn*; *Choi*; *Berg*; *von zur Mühlen*; *Schönfelder*; *Nöltig*; *Stolzfus*, S. 385–403; *Rühle*; *Brand*, S. 220–244, insbes. 225 f.

17 Zum Einfluss ehemaliger Oppositioneller auf die ostdeutsche Umweltbewegungsgeschichte vgl. exempl.: *Jacobi u. Jelitto*; *Umweltbibliothek Großhennersdorfe V.*; *Neubert*, Geschichte, S. 445–448; *Nooke*.

18 Vgl. dazu: *Halbrock*, Beginn, S. 43–54; *Ders.*, Störfaktor, S. 13–32; *Ders.*, Freiheit; *Beleites*, Untergrund; *Ders.*, Pflanzzeit; *Ders.*, Forschungsheim, S. 212 f.; *Ders.*, Umweltbewegung, S. 179–224; *Ders.*, Luft; *Gensichen*, S. 168–189; *Ders.*, Umweltverantwortung, S. 287–304; *Ders.*, Beiträge, S. 149–177.

19 *Knoth*, Naturschutzgesetzgebung, S. 163–172; *Dies.*, Blümeli, S. 439–463; *Behrens u. a.*, Wurzeln; *Ders.*, Jahre, S. 15–86; *Ders.*, Naturschutz, S. 213–271; *Ders.*, Landschaftstage, S. 62–86; *Ders.*, Institut, S. 69–72; *Ders.*, Institut, S. 1–18; *Ders.*, Umweltbewegung, S. 131–148; *Ders.*, Umweltbewegung, S. 317–341; *Auster*; *Oberkrome*, Heimatschutz, S. 419–438; *Ders.*, Heimat; *Ders.*, Kontinuität, S. 23–37; *Dix u. Gudermann*, Naturschutz, S. 535–624; *Gudermann*, Natur, S. 173–198; *Kirchhof*, Überzeugung, S. 190–211; *Dies.*, Mensch, S. 87–91; *Steinmetz*, S. 212–231.

20 Vgl. exempl. *Knoth*, Umwelt, S. 233–244; *Dies.*, Landschaft, S. 61–93; *Bernhardt*, »Mondlandschaft«, S. 301–323; *Bayerl*, Schwarze, S. 271–326.

21 *Bauerkämper*, Ende, S. 151–172.

22 *Bernhardt*, Industrialismus, S. 367–380; *Ders.*, Towards, S. 185–202; *Eckert*, S. 69–99.

23 *Amberger*.

Staatssicherheit mit der bundesdeutschen Partei »Die Grünen.«<sup>24</sup> Ergänzt werden diese Beiträge durch Quellensammlungen, in denen Zeitzeugen jener Politik- und Gesellschaftsbereiche zu Wort kommen, die bislang von der Forschung vernachlässigt wurden.<sup>25</sup> Ehemalige Mitarbeiter der ostdeutschen Umweltverwaltung veröffentlichten überdies Daten zur Entwicklung der Umweltsituation in ökologischen Problemregionen.<sup>26</sup>

Auffällig am vorliegenden Forschungsstand ist, dass bislang kaum Synthesen vorliegen, die die ganze Breite des staatlichen und gesellschaftlichen Umwelthandelns in den Blick nehmen. Jörg Roesler veröffentlichte 2006 eine schmale Studie, der erstmals seit der Wiedervereinigung sowohl ein weiter zeitlicher Untersuchungsrahmen als auch eine heterogene Akteursperspektive zugrunde liegen. Das bei der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen erschienene Heft kann aber schon aufgrund des geringen Umfangs nur einen ersten Überblick liefern.<sup>27</sup> Ein im gleichen Jahr veröffentlichter Aufsatz von Jochen Weichold vergleicht sehr kenntnis- und umfangreich die Umweltpolitik der beiden deutschen Staaten.<sup>28</sup> Bereits fünf Jahre zuvor legte Horst Barthel eine Literaturstudie vor, die einen ähnlichen Ansatz verfolgte.<sup>29</sup> Andreas Thüsing kritisierte 2013, dass die ostdeutsche Umweltgeschichte bislang nur ein randständiges Thema sei, das in Überblicksdarstellungen kaum Berücksichtigung fände. In zwei Aufsätzen unterbreitete er Vorschläge, wo eine Gesamtschau ansetzen könnte.<sup>30</sup> Im Jahr 2015 ist schließlich eine Monographie von Tobias Huff erschienen, die sich erstmals auf der Grundlage umfangreicher Archivstudien mit der ostdeutschen Umweltgeschichte befasst und am Beispiel von Waldschäden die Frage untersucht, warum diese »in den beiden deutschen Staaten eine extrem unterschiedliche politische und gesellschaftliche Resonanz erzeugten.«<sup>31</sup> Die Studie schlägt vom Ansatz her eine Schneise in die Forschungslandschaft und kann wichtige neue Erkenntnisse zu Teilaspekten, beispielsweise zur Geschichte der Rauchschadensforschung an der Tharandter Fakultät für Forstwissenschaften, präsentieren. Den selbst gewählten Anspruch, einen Blick auf das Gesamtbild der ostdeutschen Umweltgeschichte zu eröffnen, erfüllt die Untersuchung allerdings nicht. Der engführende Blick auf einzelne wissenschaftliche »Pioniere« des Umweltschutzes und die Führungsebene des Umweltministeriums lassen wichtige Fragen, beispielsweise nach den Hintergründen des umweltpolitischen Aufbruchs in den sechziger Jahren, unbeantwortet. Die für das Verständnis vieler

24 Gieseke u. Bahr.

25 Behrens u. Hoffmann; Eine Edition mit staatlichen Quellen zur Umweltgeschichte: *Steinecke*. Quellen zur Geschichte der kirchlichen bzw. unabhängigen Umweltbewegung sind u. a. veröffentlicht in: *Rüddenklau; Jordan u. Kloth*.

26 Vgl. exempl. Rieger, Emissionsentwicklung, S. 163–178; Enders, S. 25–30.

27 Roesler, Umweltprobleme.

28 Weichold, S. 1137–1179.

29 Barthel, Umweltpolitik.

30 Thüsing, Ökologie im Sozialismus, S. 381–403; Ders., Ökologie in der DDR, S. 147–170.

31 Huff, Natur, S. 18; vgl. auch Ders., Über die Umweltpolitik, S. 523–554.



Umweltprobleme bedeutsame Haltung der Industrie wird außerdem, anders, als es der Titel der Studie suggeriert, nicht systematisch untersucht und kommt allenfalls am Rande vor.<sup>32</sup>

Die vorliegenden soziologischen, politologischen und umwelthistorischen Arbeiten verweisen auf eine Reihe von methodischen Problemen, die ein stellenweise stark verzerrtes Bild der ostdeutschen Umweltgeschichte hervorgebracht haben. Zahlreiche nach 1990 erschienene Studien nehmen einseitig die achtziger Jahre, die in diesem Jahrzehnt vorhandenen ökologischen Missstände und die restriktiven bzw. repressiven Elemente der SED-Umweltpolitik in den Blick. Dieser Umstand alleine wäre kein berechtigter Anlass für Kritik, da die vorhandenen Missstände zweifelsohne von einer historisch besonderen Qualität sind und nach einer Aufarbeitung verlangen. Der von Vertretern ehemaliger Umweltgruppen angestoßene Aufarbeitungsprozess verfolgte außerdem völlig zu Recht das Ziel, der Deutungsmacht der staatlichen Archive eine alternative Sicht entgegenzustellen.<sup>33</sup> Das umwelthistorische Urteil dieser Arbeiten über die DDR wurde jedoch sehr stark von der Akteurs- und Themenwahl sowie dem zeitlichen Untersuchungsrahmen beeinflusst. Zahlreiche Studien verbinden das ökologische Scheitern außerdem mit der »Systemfrage« und leiten daraus die These ab, dass Umweltprobleme in staatssozialistischen Gesellschaften per se eine untergeordnete Rolle gespielt hätten und die ökologische Katastrophe daher gewissermaßen vorprogrammiert gewesen sei.<sup>34</sup> Die Teleologie, mit der diese Ansätze mehr oder weniger explizit argumentieren, ist umso problematischer, als dass umfangreiche Quellenstudien für die fünfziger, sechziger und auch siebziger Jahre bislang noch nicht vorliegen.

Viele Arbeiten unterstellen außerdem, dass Partei und Staat als eine homogene Einheit agierten und dem Umweltschutz von vornherein antagonistisch gegenüber eingestellt gewesen wären. Diese Perspektive wurde nach der Wende 1989/90 durch die politische Aufarbeitung der SED-Diktatur bestärkt. Der »Zentrale Runde Tisch« und auch die vom Bundestag einberufene »Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur« stellten der Staatsführung und jenen Akteuren, die sich im konformen Rahmen der sozialistischen Herrschaftsordnung mit Umweltproblemen befassten, ein vernichtendes Urteil aus. Auf diese Weise wurde ein teleologisches »master narrative« des Niedergangs ge-

32 Methodische Unzulänglichkeiten, wie etwa der stellenweise unkritische Umgang mit Interviewergebnissen, reproduzieren außerdem die in der ostdeutschen Umweltbewegungsgeschichte ohnehin dominante Perspektive von Zeitzeugen. So folgt Huff beispielsweise weitestgehend den Positionen von Umweltminister Reichelt, der seit der »Wende« darum bemüht ist, sich von einer persönlichen Verantwortung für die ökologischen Verfehlungen der DDR freizusprechen. Gleiches gilt für Aussagen von Angehörigen kirchlicher Umweltgruppen, die Huff ebenfalls teils unhinterfragt aufgreift. Zur Rolle Reichelts vgl. demgegenüber die Darstellung in dieser Arbeit, insbesondere Kap. 2.5.1 sowie Kap. 3.2. Zur Kritik an methodischen Unzulänglichkeiten bei Huff vgl. auch: *Möller, Rezension*.

33 Zu diesem Motiv vgl. exempl. *Ahrberg*, S. 5 f.

34 Vgl. zu dieser Kritik auch: *Roesler, Unterschiede*, S. 480–488, hier 480 f.

prägt, das von weiten Teilen der Forschung übernommen wurde. Im politischen Aufarbeitungsprozess kamen jedoch fast ausnahmslos jene Akteure zu Wort, die in den achtziger Jahren in der oppositionellen Szene aktiv waren und unter den Repressionen des SED-Regimes leiden mussten.<sup>35</sup> Eine Konsequenz dieses menschlich nur allzu verständlichen Vorgehens war, dass das Wissen über Strukturen, Institutionen und Debatten, das Mitte der achtziger Jahre zumindest in Ansätzen auch in Westdeutschland vorhanden gewesen war und nach 1990 einer intensiven archivalischen Aufarbeitung bedurft hätte, verloren ging.

Die totalitarismustheoretisch beeinflussten Arbeiten brachten mitunter sehr eigenwillige historische Deutungen hervor, die sich bis heute hartnäckig halten. Der eingangs skizzierte umweltpolitische Aufbruch, der nicht in das Narrativ eines ökologisch rücksichtslos agierenden SED-Staates passte, reduzierte sich in dieser Lesart auf ein außenpolitisches Kalkül. Peter Wensierski unterstellte 1986 in einer populärwissenschaftlichen Reportage, in der er seine Erfahrungen als Reisekorrespondent in der DDR verarbeitete, dass die Verabschiedung des Landeskulturgesetzes und die Bildung des Umweltministeriums einzig das Ziel verfolgt hätten, »die Überlegenheit des Sozialismus auch auf diesem Terrain« unter Beweis zu stellen und der DDR die Teilnahme an der ersten Umweltkonferenz der Vereinten Nationen 1972 in Stockholm »gleichberechtigt neben der Bundesrepublik« zu ermöglichen.<sup>36</sup> Die daraus abgeleitete »Alibi-These«, wonach die ostdeutsche Umweltpolitik von vornherein eine Farce gewesen sei und einzig dem Zweck gedient habe, ökologische Verfehlungen zu vertuschen und gleichzeitig internationale Anerkennung einzuheimsen, wurde seitdem vielfach unhinterfragt aufgegriffen. Auch in jüngst veröffentlichten Arbeiten wird diese Annahme unkritisch reproduziert, ohne dass die für ein solches Urteil es-

35 Der »Zentrale Runde Tisch« sprach im Januar 1990 von »der bisherigen Nicht-Umweltpolitik der DDR«. Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission machte eine »Verursachungs- und Unterlassungspolitik« der SED-Führung als Gründe für die Missstände aus und fällte abschließend ohne ein genaueres Quellenstudium das Urteil: »Das ökologische Desaster des SED-Staates war systembedingt, und zwar im doppelten Sinne: einmal durch die Mißkonstruktion der sozialistischen Planwirtschaft und zum anderen durch die Mängel der totalitären politischen Willensbildung in der Einparteien-Diktatur, die jede pluralistische Konkurrenz um alternative umweltfreundlichere Politikprogramme im Keim zu ersticken versuchte.« Doch während am Prozess der Aufarbeitung durch den »Zentralen Runden Tisch« noch eine breite Akteurspalette beteiligt war, die auch ehemalige Vertreter der staatsnahen »Gesellschaft für Natur und Umwelt« sowie der staatlichen Umweltverwaltungen einschloss, dominierte in der Enquete Kommission des Deutschen Bundestages einseitig der Einfluss oppositioneller Umweltaktivisten, die massiv unter den Repressionen des SED-Staates zu leiden hatten. Vgl. Dokument 1, Zentraler Runder Tisch der DDR, 10. Tagung, 29. Januar 1990: Information zu den Ursachen der bisherigen Nicht-Umweltpolitik der DDR«, in: *Bechmann u. a.*, S. 87 ff.; *Deutscher Bundestag*, Schlußbericht, S. 111–117, 326 u. 332 f., zum Zitat 112. Vgl. auch exempl. die folgenden Protokolle des »Zentralen Runden Tisches«: *Thaysen*, Bd. II, S. 271 ff.; *Ders.*, Bd. III, S. 551–609.

36 *Wensierski*, Von oben, S. 49. In eine ähnliche Richtung argumentierten bereits *Höhmman u. a.*, S. 85.

sentielle Vorgeschichte des umweltpolitischen Aufbruchs bislang näher untersucht wurde.<sup>37</sup> Das Gros der Bevölkerung erscheint in der Lesart dieser Studien analog zum totalitarismustheoretischen Blick auf den Staat ebenfalls homogen und merkwürdig passiv. Die Radikalität dieses Erklärungsansatzes macht es zudem unmöglich, die gesellschaftliche Wahrnehmung der vorhandenen ökologischen Missstände und daraus hervorgehende Transformationsprozesse zu untersuchen. Die Pauschalität der Behauptung verstellt überdies den Blick auf historischen Wandel und verkennt die prinzipielle Offenheit eines jeden Geschichtsverlaufs.

### Methodischer Ansatz

Die beschriebenen Grundprobleme des Forschungsstandes mündeten in einen methodologischen Segregationsprozess, der ein verzerrtes Bild der ostdeutschen Umweltgeschichte hervorgebracht hat. Das konforme Umweltengagement von staatlichen Behörden, Wissenschaftlern, gesellschaftlichen Organisationen und Teilen der Bevölkerung wird weitestgehend ausgeblendet. Auch das Umweltengagement der kirchlichen Umweltgruppen, die in diesen Arbeiten als Protagonisten erscheinen, wirkt merkwürdig einförmig und wird im Sinne des »master narratives« unkritisch überhöht. Nur wenige Studien wandten sich überdies der politischen Kommunikation über Umweltprobleme in Eingaben zu<sup>38</sup> – ein Umstand, der angesichts der großen Bedeutung dieses Kommunikationsinstrumentes in staatssozialistischen Diktaturen mehr als verwundert.<sup>39</sup>

Eine Umweltgeschichte der DDR darf nicht vom Ende her, als eine Geschichte des Scheiterns geschrieben werden.<sup>40</sup> Diese Forderung, die einem Zitat des Sozialhistorikers Jürgen Kocka entlehnt ist, mag auf den ersten Blick trivial erscheinen, besitzt für die ostdeutsche Umweltgeschichte aber eine besondere Gültigkeit.<sup>41</sup> Der Blick vom Ende her, der alles Staatliche per se als homogen und antagonistisch und die Bevölkerung als homogen und passiv begreift, verstellt die Sicht auf Akteure, Prozesse, Debatten, Konflikte, Konsens und letztlich auch die Entstehung eines unversöhnlichen Dissenses in der Umweltfrage. Er wird

37 So z. B. bei *Rühle*, S. 77. Auch die jüngst von Huff vorgelegte Arbeit greift diese These auf, ohne jedoch die zugrundeliegenden Annahmen zu belegen: *Huff*, *Natur*, S. 167 u. allg. 166 ff. Die unreflektierte Übernahme der »Alibi-These« durch Detailuntersuchungen hat zur Folge, dass auch umwelthistorische Synthesen, die sich allerdings naturgemäß auf Literaturstudien stützen müssen, diese Annahme reproduzieren: Vgl. exempl. *Brüggemeier*, *Schranken*, S. 269.

38 Eine wichtige Ausnahme: *Nölting*.

39 Zur Bedeutung für die DDR vgl. exempl. *Mühlberg*; *Fulbrook*, *Leben*, S. 286–306. Eine vergleichende Perspektive auf zwei deutsche Diktaturen und die UdSSR bei *Merl*.

40 *Kocka*, *Geschichte*, S. 9–26, hier 11.

41 So beispielsweise mit Blick auf inhärente Teleologien und eine westdeutsche Erfolgsgeschichte als Meistererzählung bei: *Wirsching*, S. 13–18, hier 14 f.

weder der Sache noch dem Selbstverständnis der Menschen gerecht. Darüber hinaus trägt er dazu bei, die ostdeutsche Nachkriegsgeschichte in jenem separierten Zustand zu halten, der erst jüngst wieder von Vertretern der zeithistorischen Forschung beklagt wurde.<sup>42</sup> Einzelne historische Aspekte auszublenden, nur weil sie einem demokratischen Aufarbeitungsauftrag zuwiderlaufen, der vorsieht, den Schreckensseiten der sozialistischen Diktatur die Vorzüge der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gegenüberzustellen, mag zwar politisch opportun sein, hilft aber nicht, die ostdeutsche Gesellschaft in ihrem Inneren zu verstehen und sie in die größeren Zusammenhänge der deutsch-deutschen und europäischen Zeitgeschichte einzuordnen.<sup>43</sup>

Die skeptisch-ablehnende Haltung gegenüber »dem Staat« und »der Wirtschaft«, die in den vorliegenden umwelthistorischen Arbeiten zur DDR dominiert, war lange Zeit auch in der Umweltgeschichte anzutreffen. Joachim Radkau, der bereits früh einer einseitig pessimistischen Sicht auf diese Akteure widersprach<sup>44</sup>, mahnte an der Wende zum neuen Jahrtausend zu Recht an, dass sich »eine Umwelthistorie, die auf die ›Umwelt als solche‹ eingeschworen« ist, »zwangsläufig Scheuklappen gegen die anderweitigen Kontexte der historischen Quellen« anlegt und daher der Quellenkritik widerstreben und zur Selbsttäuschung neigen würde.<sup>45</sup> Ebenso wie die Perspektive auf Staat und Wirtschaft, wandelt sich seit einigen Jahren auch der Blick der Umweltgeschichte auf den ehemaligen Ostblock.<sup>46</sup> Die Soziologin Zsuzsa Gille kritisiert beispielsweise, dass der westliche Maßstab, der an das umwelthistorische Urteil über diese Staaten angelegt werde, spezifische Entwicklungen verzerre und deren Erfassung erschwere. Sie fordert daher eine nuanciertere Terminologie, die den Besonderheiten der einzelnen staatssozialistischen Gesellschaften gerecht werden müsse und auf diese Weise neue politik- und sozialhistorische Erkenntnisse liefern könne.<sup>47</sup> Julia Obertreis beklagt ebenfalls ein »master narrativ«, das den Regierungen der Ostblockstaaten ein generelles Desinteresse am Natur- und Umweltschutz sowie einen systematischen und ungehemmten »Raubbau an natürlichen Ressourcen« unterstelle. Sie verweist darauf, dass Diskussionen über Umweltprobleme und

42 So bei *Großbölting*, S. 99–107, hier 100.

43 Diese Forderung beispielsweise bei Horst Möller, der kategorisch für eine politische DDR-Geschichte eintritt, die bestimmte Themen und Vergleichsebenen ausschließt, um die »fundamentale Dichotomie« zwischen Demokratie und Diktatur nicht zu verwischen. *Möller, Demokratie*, S. 3–7, hier 3. Widerspruch gegen diese Prämisse im gleichen Heft: *Sabrow, Historisierung*, S. 19–24, hier 23. Zur allgemeinen Forderung nach einer stärkeren Einordnung der ostdeutschen in die deutsch-deutsche und europäische Zeitgeschichte vgl. exempli: *Lindenberger, DDR*, S. 27–32, hier 32.

44 *Radkau, Wald- und Wasserzeiten*, S. 139–174, insbes. 145 ff.

45 *Radkau, Natur*, S. 15. Ähnlich: *Uekötter, Umweltschutz*, S. 198–216, hier 198 f.; *Ders., Rauchplage*, S. 14 f.; *Mutz, S. 59–87*, hier 60 ff.; *Berghoff u. Mutz, S. 9–22*; *Gassner, S. 31–46*, hier 32 f.

46 Einen aktuellen und sehr anschaulichen Überblick dazu bei: *Arndt, Umweltgeschichte*.

47 Zsuzsa Gille exemplifiziert dies sehr anschaulich an einer Abfallgeschichte Ungarns, die auch einen neuen Blick auf die Gesellschaftsgeschichte dieses Landes eröffnet. *Gille*, S. 3, 6 u. 204 ff.

Umweltprotest in staatssozialistischen Gesellschaften deutlich früher aufkamen, als es bislang angenommen wurde. Demnach hätten sich bereits in den sechziger Jahren »nicht-institutionalisierte Koalitionen für den Umweltschutz aus Experten, Naturwissenschaftlern, Schriftstellern und Journalisten« gebildet.<sup>48</sup> Frank Uekötter fordert in diesem Zusammenhang anstelle harter Zäsuren eher einen »Strukturwandel des Ökologischen« in den Blick zu nehmen und die ostdeutschen Umweltbewegungen, die er bewusst in den Plural setzt, als »Teil eines osteuropäisch-sozialistischen Musters« zu verstehen, »das noch nicht hinreichend erforscht ist.«<sup>49</sup> Julia Herzberg fragt danach, ob analog zum Westen auch eine ökologische Erfahrungsgemeinschaft Ostmitteleuropas existiert habe und entdeckt unter anderem im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) einige Hinweise darauf.<sup>50</sup> Arnošt Štanzel konnte jüngst anhand eines umwelthistorischen Vergleichs der tschechoslowakischen und rumänischen Wasserwirtschaft empirisch herausarbeiten, dass der Umgang mit Wasserbaumaßnahmen und Abwasserproblemen in beiden staatssozialistischen Staaten große Parallelen zu anderen Industriegesellschaften aufwies. In der CSSR setzten demnach in den sechziger Jahren Debatten über eine nachhaltige Wassernutzung ein, die neben den dominierenden wirtschaftlichen auch abweichende Raumnutzungskonzepte aufkommen ließen.<sup>51</sup>

Aus dieser kurzen Skizze bedeutender methodischer Diskussionen der letzten Jahre leitet sich auch eine Reihe von Prämissen für die vorliegende Arbeit ab: *Erstens* muss sich eine Umweltgeschichte der DDR, die nach Aushandlungsprozessen in der staatssozialistischen Gesellschaft fragt, Akteuren öffnen, die bislang weitestgehend ignoriert oder nur oberflächlich betrachtet wurden. Neben den bekannten Figuren des ostdeutschen Umweltschutzes, wie etwa der Staats- und Parteiführung und den Umweltgruppen unter dem Dach der evangelischen Kirchen, rücken daher insbesondere Institutionen und Organisationen der »mittleren Ebene« in das Blickfeld: Parteikontrollorgane und Behörden, wie beispielsweise das Amt für Wasserwirtschaft (AfW) und die Hygieneinspektionen, setzten sich ebenso mit Umweltfragen auseinander wie Naturschutzgruppen im Kulturbund oder Wissenschafts- und Expertennetzwerke in der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften und im Forschungsrat der DDR.<sup>52</sup>

48 *Obertreis*, S. 115–122, hier 115 u. 118. Zum »master narrative« vgl.: *Feshbach u. Friendly*.

49 *Uekötter*, Eine ökologische Ära, S. 108–114, hier 109 ff., zum Zitat 114.

50 *Herzberg*, S. 7–29, hier 24 ff.

51 *Štanzel*, S. 309–312 u. 316–327.

52 Der Blick auf diese Institutionen fächert jene Akteursebene auf, die bislang noch viel zu stark im Lichte der »Nisenthese« betrachtet wird und vorhandenes Umweltengagement vorwiegend auf wenige Protagonisten reduziert, dabei aber übergeordnete Strukturen und größere Zusammenhänge aus den Augen verliert. So konzentriert sich beispielsweise die jüngst von Huff vorgelegte Arbeit vorwiegend auf einzelne Protagonisten, wie etwa den Landschaftsarchitekten Reinhold Lingner, den Forstwissenschaftler Erich Zieger oder den evangelischen Theologen Hans-Peter Gensichen, und reproduziert damit die Vorstellung, das gesellschaftliche Umweltengagement in der DDR lediglich in den »Nischen« Wissenschaft und Kirche

*Zweitens* muss eine Umweltgeschichte der DDR, die die eingangs skizzierten methodischen Probleme zu beheben versucht, den Blick sowohl nach innen als auch nach außen richten. Die Gründung der DDR im Jahr 1949 war zwar in hohem Maße fremdbestimmt und stellte einen radikalen Eingriff in die politische Verfasstheit Ostdeutschlands dar. In vielerlei Hinsicht knüpfte der neue Staat aber an administrative, ökonomische und soziale Vorläuferstrukturen und Entwicklungen an, die erst im Laufe der fünfziger und sechziger Jahre durch neue Einflüsse verändert, erweitert und umgedeutet wurden.<sup>53</sup> Die Auswirkungen dieses Wechselspiels in den Blick zu nehmen, ist auch ein Anliegen dieser Arbeit. Auf die DDR-spezifischen Probleme des Vergleichens wurde schon vielfach hingewiesen.<sup>54</sup> Als geeignetes Leitbild einer deutsch-deutschen Nachkriegsperspektive hat sich mittlerweile das von Christoph Kleßmann entworfene Konzept einer »asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte« etabliert.<sup>55</sup> Der Blick nach Westdeutschland ist für eine ostdeutsche Umweltgeschichte daher ebenfalls unerlässlich, weil er veranschaulicht, dass man in der Bundesrepublik durchaus mit gleichen Problemen zu kämpfen hatte und vielfach verblüffend ähnliche Lösungswege einschlug. Der punktuell herangezogene Vergleich eröffnet zudem einen weiten Blick auf historische Kontinuitäten, die bis in das 19. Jahrhundert zurückreichen. Er zeigt außerdem konvergente Entwicklungen auf, die auf »systemübergreifende« Herausforderungen moderner Industriegesellschaften verweisen, vor die sich sowohl staatssozialistische als auch kapitalistische Staaten gestellt sahen. Wo Unterschiede sichtbar werden, zeigt der Vergleich hingegen, dass bestimmte Probleme in der DDR anscheinend anders wahrgenommen wurden, in der Folge gesonderte soziale und politische Interaktionsmechanismen durchliefen und somit auch spezifisch ostdeutsche Debatten, Lösungsansätze und Konflikte hervorbrachten.<sup>56</sup>

Aber nicht nur der Vergleich mit der Bundesrepublik, sondern auch der Blick nach Osten ist essentiell für das Verständnis der ostdeutschen Umweltgeschichte.

möglich gewesen wäre. Obwohl diese Akteure zweifelsohne einen großen Einfluss auf die ostdeutsche Umweltgeschichte ausübten, macht ein solcher Ansatz die Bandbreite des Umweltengagements in der DDR kleiner als sie war und verkennt das Umwelthandeln anderer Akteure und übergeordneter Strukturen. Vgl. Huff, *Natur*, insbes. S. 38 ff., 67 ff. u. 322 ff. Zur »Nischengesellschaft« vgl. *Gaus*, S. 156–233.

53 Zum Hinweis auf die große Bedeutung von Kontinuitäten jüngst: *Fulbrook*, *Mitte*, S. 89–97, hier 92 ff.

54 Neben Einzelstudien befassten sich eine ganze Reihe von Sammelbänden und Themenheften mit diesem Thema Vgl. exempl. *Niethammer*, S. 95–115, hier 97 ff.; *Kleßmann*, *Spaltung*, S. 20–37; *Möller*, *Demokratie*; *Wirsching*; *Sabrow*, *Historisierung*; *Wengst u. Wentker*, *Einleitung*, S. 7–14; *Brunner u. a.*, *Einleitung*, S. 11–17; *Bösch*, *Geteilt*, S. 7–37.

55 *Kleßmann*, *Spaltung*, S. 34.

56 Aus diesen Gründen wird die reichhaltige Forschung zur westdeutschen Umweltgeschichte in dieser Arbeit immer wieder asymmetrisch herangezogen, um spezifische ostdeutsche Entwicklungen zu kontrastieren. Vgl. exempl.: *Uekötter*, *Umweltgeschichte*, insbes. S. 28 ff.; *Brüggemeier u. Rommelspacher*; *Brüggemeier*, *Meer*; *Büschfeld*; *Fuchsloch*; *Hünemörder*, *Frühgeschichte*; *Uekötter*, *Rauchplage*; *Engels*; *Hasenöhr*; *Erhardt*.

Zwar kann es die vorliegende Untersuchung nicht leisten, die bilateralen Beziehungen zwischen den Staaten des Ostblocks auf dem Feld der Umweltpolitik oder das grenzüberschreitende Umweltengagement wissenschaftlicher Netzwerke umfassend aufzuarbeiten. Aber Impulse aus der UdSSR und dem RGW sollen zumindest punktuell berücksichtigt werden, um spezifische ostdeutsche Entwicklungen besser zu verstehen.<sup>57</sup> Umgekehrt verweist der Blick nach Osten aber auch auf die Grenzen einer solchen Vernetzung: An der Gründung des grün-ökologischen Netzwerkes »Greenway« im Jahr 1985 waren ostdeutsche Umweltaktivisten nicht beteiligt. Zahlreiche Hemmnisse, wie die ungleich rigideren Reisebeschränkungen, denen die Staatsbürger der DDR im Unterschied zu denen Polens oder Ungarns unterworfen waren, sowie vorhandene Sprachbarrieren scheinen eine Zusammenarbeit erschwert zu haben.<sup>58</sup> Wie Jens Gieseke und Andrea Bahr herausgearbeitet haben, waren der zivilgesellschaftlichen Vernetzung nach Westen ebenso Grenzen auferlegt, die sowohl auf das Desinteresse einer Mehrheit in der westdeutschen Partei »Die Grünen« als auch nicht zuletzt auf Vorbehalte bei ostdeutschen Umweltaktivisten zurückzuführen waren.<sup>59</sup> Es ist daher keineswegs falsch mit Frank Uekötter zu fragen, ob die DDR zumindest auf der Ebene des zivilgesellschaftlichen Umweltengagements nicht doch ein Spezialfall war, der allerdings nicht als das Produkt eines ostdeutschen Sonderweges, sondern vielmehr als das Ergebnis einer Mischung komplexer und mitunter divergierender Einflüsse nach 1945 verstanden werden sollte.<sup>60</sup>

In dieser Arbeit gehe ich *drittens* von der Annahme aus, dass die ostdeutsche Umweltbewegung vielschichtiger war, als sie bislang von der Forschung dargestellt wird. Meine These lautet, dass das Umweltengagement unter dem Dach der evangelischen Kirchen weder die alleinige Wurzel noch den Kern einer solchen Bewegung darstellte.<sup>61</sup> Die Entstehung alternativer Umweltgruppen war, so wird im Detail auszuführen sein, vielmehr das Ergebnis eines gescheiterten Aushandlungsprozesses, der lange zuvor innerhalb des legalen Rahmens der sozialistischen Herrschaftsordnung eingesetzt hatte und in dem neben einer Verbesserung der Umweltsituation auch Forderungen nach mehr politischer Teilhabe verhandelt wurden. Es ist methodisch nicht ganz einfach dem Umwelthandeln der Bevölkerung in einer Diktatur auf die Spur zu kommen. Eine Quellengruppe, die darüber Auskunft geben kann, sind Eingaben aus der Bevölkerung. Diese Briefe, seltener auch mündliche Stellungnahmen, waren das zentrale politische Kommunikationsinstrument in der DDR. Die methodischen Besonderheiten im Umgang mit dieser Quellengattung und daraus abzuleitende theoretische Implikationen sollen im Folgenden näher erläutert werden. Zuvor gilt es aber noch, die Bedeutung dieses Kommunikationsmittels in einen größeren Kontext

57 Vgl. dazu insbesondere Kap. 2.1 u. 2.2.1.

58 *Jordan*, *Greenway*, S. 34–44, insbes. 34 ff.

59 *Gieseke u. Bahr*, S. 97 f.

60 Zu dieser Frage vgl. *Uekötter*, *Environmentalism*, S. 241–254, hier 249 f.

61 So bei *Beleites*, *Umweltbewegung*, S. 185 f.

zu stellen und die in der sozialistischen Diktatur vorhandenen Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Interessensartikulation zu diskutieren.

Jürgen Kocka hat betont, dass »das Leben in der DDR (...) durch diktatorische Herrschaft geprägt« war, »aber nicht in dieser Prägung« aufging.<sup>62</sup> Diese zweifelsohne zutreffende Annahme wirft jedoch die Gegenfrage auf, inwiefern die diktatorische Herrschaft der SED durch das Leben in der DDR geprägt war. Schon Peter Christian Ludz hatte Ende der sechziger Jahre in seiner kontrovers diskutierten Studie »Parteilite im Wandel« das Bild eines autoritären Staates gezeichnet, der nach dem Bau der Mauer und dem Beginn ökonomischer Reformen überkommene Formen einer stalinistischen Herrschaftspraxis hinter sich ließ und Züge eines »konsultativen Autoritarismus« anzunehmen schien. Geleitet vom »Streben nach Status-Sicherheit«, zeigte sich die Führung demnach politisch aufgeschlossener und gestand den Nah- und Fernbereichen der Macht zumindest das formale Recht auf Konsultation im Vorfeld grundlegender politischer Entscheidungen zu. Ludz sah vor dem Hintergrund der zeitgenössischen Ereignisse die Möglichkeit gegeben, dass sich diese Tendenz weiter fortsetzen und der ostdeutsche Staatssozialismus einen gewissen Öffnungsprozess durchlaufen könne. Was Ludz mit dem Begriff des »partizipatorischen Autoritarismus« als möglichen »Bezugspunkt ›nach vorn‹« beschrieben hat, ist bis heute heftig umstritten, obwohl er damit keinesfalls unterstellen wollte, dass sich die DDR bereits an der Schwelle zu dieser gewandelten Form diktatorischer Herrschaft befand.<sup>63</sup>

Das historische Bild der späten Ulbricht-Ära und das Verständnis von der Funktionsweise der sozialistischen Diktatur haben sich seit der Wiedervereinigung deutlich gewandelt. Monika Kaiser kommt in einer Studie zu dem Schluss, dass den Befunden von Ludz in Teilen durchaus zuzustimmen sei. Der Soziologe überschätzte ihrer Ansicht nach jedoch die »Tiefe sowie Dauerhaftigkeit dieser Entwicklungen« und maß den »technisch-wirtschaftlichen Sachzwänge(n) einer modernen Industriegesellschaft«, denen eine Tendenz zu mehr Partizipation inhärent sei, gegenüber dem »Machterhaltungstrieb der SED-Führung« zu viel Gewicht bei.<sup>64</sup> Andere Arbeiten betonen hingegen, dass dem Konsens- und Teilhabegedanken in der DDR auch über die sechziger Jahre hinaus ein größerer historischer Stellenwert zuzuordnen sei. Martin Sabrow verweist beispielsweise auf die »Geltungskraft eines Konsensdiktates«, das kein bloßes propagandistisches Lippenbekenntnis der SED gewesen sei, sondern ein konstitutives Herrschaftselement war, dem sich sowohl die Bevölkerung als auch die Partei- und Staatsführung unterordneten.<sup>65</sup> Wo Sabrow mit Michel Foucault eine diskursive

62 Kocka, Gesellschaft, S. 547–553, hier 552.

63 Alle Zitate und Belege: Ludz, S. 35 ff. Zur immer noch vehement vorgetragenen Ablehnung dieser Position vgl. exempl. Möller, Demokratie, S. 6.

64 Kaiser, S. 458 f. Diese Befunde wurden im Großen und Ganzen durch neuere Arbeiten bestätigt. Vgl. Bergien, S. 214 f.

65 Sabrow, Konsens, S. 191–224, hier 206, 222.



Formation der politischen Kultur der DDR ausmacht, geht Mary Fulbrook einen Schritt weiter und spricht von einer »partizipatorischen Diktatur«. Der diesem Kompositum zugrunde liegende Gegensatz soll betonen, »dass die Menschen durch das sich ständig verändernde soziale und politische System der DDR eingeschränkt und beeinflusst wurden, es gleichzeitig aber auch aktiv und freiwillig trugen.«<sup>66</sup> Die Mehrheit der Ostdeutschen habe die »Spielregeln« der Diktatur in den sechziger und siebziger Jahren infolge eines Prozesses der »Normalisierung« internalisiert und durchaus gelernt, die Institutionen, Strukturen und informellen Machtmechanismen der Diktatur für die Verwirklichung eigener Interessen zu nutzen.<sup>67</sup> Der autoritäre Korporatismus, der diesem Herrschaftsprinzip zugrunde lag, eröffnete der Bevölkerung demnach zumindest begrenzte Ausdrucksformen einer politischen Willensbekundung: Teilhabe war sowohl über die Mitgliedschaft in der SED oder einer Blockpartei, einer gesellschaftlichen Organisation oder einem sozialistischen Kollektiv als auch über das Kommunikationsinstrument der Eingabe möglich, dem die Parteiführung große Aufmerksamkeit schenkte.

Die beschriebenen Ansätze fordern aus unterschiedlichen Perspektiven heraus die in der DDR durchaus vorhandenen Partizipationselemente empirisch ernst zu nehmen und die Bevölkerung nicht nur passiv als Beherrschte oder Opfer, sondern ebenso aktiv als Träger, Unterstützer und Mitgestalter der Diktatur zu begreifen.<sup>68</sup> Diese Forderung birgt auch fast dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch eine Menge Zündstoff.<sup>69</sup> Wie im Folgenden aber gezeigt wird, spielten vorhandene Teilhabemöglichkeiten und der Wunsch nach einer stärkeren politischen Mitsprache bei der Aushandlung von Umweltfragen eine entscheidende Rolle. Beides, so eine weitere These dieser Arbeit, wurde durch die Politik der SED gefördert: Die Proklamation einer neuen Umweltpolitik und die Förderung sozialistischer »Initiativen der Bürger« für den Umweltschutz repräsentierten einen gesellschaftspolitischen Konsens, der für die Herrschenden und die Beherrschten eine herrschaftslegitimierende Funktion übernahm. Das Abrücken der SED von diesem öffentlich proklamierten Konsens und das Scheitern einer sich daran anschließenden Neuaushandlung der Umweltfrage waren daher eng verknüpft mit dem Niedergang der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Die Analyse der ostdeutschen Umweltgeschichte

66 Fulbrook, *Leben*, S. 28.

67 Ebd., S. 24 u. 313. Vgl. dazu auch Fulbrook, *Concept*, S. 1–30.

68 Der diesen Ansätzen zugrundeliegende Perspektivwechsel ist auch in anderen Bereichen der DDR anzufinden. So fordern beispielsweise Medienhistorikerinnen und -historiker, nicht länger nur einseitig die von den Staats- und Parteimedien ausgesandten Ideologiebotschaften und die Instrumentalisierung der Medien, sondern auch deren Rezeption durch die Bevölkerung in den Blick zu nehmen, die durchaus dazu in der Lage gewesen sei, Inhalte unterschiedlicher Qualität auch unterschiedlich zu gewichten und zwischen verschiedenen Informationsangeboten zu wählen. Vgl. dazu exempl.: Zahlmann, S. 9–32, hier 26 ff.; Meyen u. Fiedler, S. 35–59, hier 57 ff.

69 Vgl. Hoffmann u. a., S. 23–70, hier 26; Fulbrook, *Mitte*, S. 90.

und insbesondere der in Eingaben verhandelten Umweltprobleme veranschaulicht daher auch die Grenzen jenes autoritär-korporatistischen Modells, das der SED-Herrschaft konstitutiv zugrunde lag.

## Protest, Partizipation und Bewegung in Eingaben

Das Recht auf Eingaben wurde erstmals in Artikel 3 der Verfassung von 1949 verankert.<sup>70</sup> In den fünfziger Jahren wurde der in der Bevölkerung beliebte Staatspräsident Wilhelm Pieck zu einem wichtigen Adressaten für diese Schreiben. In der Staatskanzlei gingen bis zu seinem Tod im Jahr 1960 jährlich zwischen 50.000 und über 100.000 Briefe ein. Die große Aufmerksamkeit, die die Eingabenflut dem Amt des politisch eigentlich schwachen Staatsoberhauptes bescherte, wird in der Forschung als Motiv für die verstärkte Hinwendung Ulbrichts zu diesem Kommunikationsmittel angeführt.<sup>71</sup> Nach dem Tod des Präsidenten gelang es dem Ersten Sekretär des ZK der SED mit der Bildung des Staatsrates denn auch, erfolgreich an das öffentliche Ansehen Piecks anzuknüpfen und das neu geschaffene »kollektive Staatsoberhaupt« zu einem wichtigen Ansprechpartner für Eingaben aus der Bevölkerung zu machen.<sup>72</sup>

Was eine Eingabe genau ausmachte, war jedoch lange Zeit nicht exakt definiert. Hintergrund für den rechtlich unpräzisen Status dieser Schreiben war die in den fünfziger Jahren schwelende Frage, wie in der DDR künftig eine Kontrolle der Verwaltungsarbeit gewährleistet werden sollte. Nach der Abschaffung der Verwaltungsgerichtsbarkeit im Jahr 1952 wurde das Eingabewesen phasenweise als ein mögliches Ersatzinstrument diskutiert, ehe dieser Ansatz zu Beginn der sechziger Jahre im Geiste des geltenden Prinzips der Gewalteneinheit wieder verworfen wurde.<sup>73</sup> Eine Verordnung aus dem Jahr 1953, die erstmals die rechtlichen Grundlagen des Eingabewesens näher regelte, blieb daher im Hinblick auf eine inhaltliche Festlegung des Begriffs noch schwammig. Erst eine Reihe von Eingabenerlassen des Staatsrates aus den sechziger Jahren und die Verfassung von 1968 brachten begriffliche Klarheit.<sup>74</sup> Mit der Verabschiedung eines Eingab-

70 Verfassung, 1949, Art. 3.

71 Vgl. *Mühlberg*, S. 120;

72 Ebd., 27 ff.

73 Zur Entwicklung der politischen Ordnung vgl. *Otto*, S. 46–77, hier 49f.

74 Erlaß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Eingaben der Bürger und die Bearbeitung durch die Staatsorgane vom 27. Februar 1961, in: GBl. DDR, Teil I, 1961, S. 7–9; Erlaß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Änderung des Erlasses vom 27. Februar 1961 über die Eingaben der Bürger und die Bearbeitung durch die Staatsorgane vom 18. Februar 1966, in: GBl. DDR, I, 1966, S. 69–70; Erlaß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Bearbeitung der Eingaben der Bürger vom 20. November 1969, in: GBl. DDR, I, 1969, S. 239–244; vgl. auch *Ritter*, S. 29–36; *Hoeck*, S. 217–241; *Lubini*, S. 231 ff. u. 236 ff.